

Karl-Heinz Vogt

**Was erwartet die Gesellschaft vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk
und was tun die gesellschaftlichen Gruppen für ihn?**

Kurzreferat

1. Die Rolle der gesellschaftlichen Gruppen im WDR

Mein Statement basiert auf Erfahrungen von 17 Jahren Mitgliedschaft im Rundfunkrat des WDR als Vertreter der katholischen Kirche. Von 1980 bis 1985 saß ich als Stellvertreter im Gremium, das nach den Regelungen des alten WDR-Gesetzes zusammengesetzt war. Der Rundfunkrat hatte damals 21 Mitglieder; orientiert an der Zusammensetzung des Landtags ergab sich daraus eine Gruppe von 10 CDU-, 10 SPD- und 1 FDP-Vertreter. In der Rückschau hat sich bei mir der Eindruck festgesetzt, dass es im Rundfunkrat ausgesprochen parteipolitisch geprägt zugeht. Die Staatsferne war für mich nur gestreift erkennbar. Die gesellschaftlichen Gruppen waren offiziell nicht vertreten. Die Kirchen waren es, weil die CDU auf ihrem Ticket sowohl der evangelischen wie katholischen Kirche einen Platz zur Verfügung gestellt hat.

Der neue Rundfunkrat nach dem neuen WDR-Gesetz von 1985 brachte eine völlig andere Konstellation. Das Gremium wurde fast doppelt so groß als vorher. Die politischen Parteien hatten von der Zahl her einen Minderheitsstatus. Die gesellschaftlichen Gruppen dominierten zwar zahlenmäßig, gaben aber nicht den Ton an – bei aller Autorität, die einzelne Vertreter hatten. Die politischen Freundeskreise existierten weiter; die sogenannten Grauen trafen sich in Abständen zur Erörterung einzelner Punkte, aber in Wirklichkeit ist ein strategisches Vorgehen nur selten geglückt, nicht zuletzt deshalb, weil es unterhalb der Grau-Färbung bei zahlreichen Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen auch noch parteipolitische Einfärbungen und Nähen gab.

Der Rundfunkrat gründete 3 Ausschüsse: den Programmausschuss, den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Rundfunkentwicklung. Die Arbeit in den Ausschüssen habe ich als zunehmend sachlich und auf fachlich gutem Niveau in Erinnerung; die Sitzungen des Plenums dienten dagegen oft genug der Selbstdarstellung mancher Mitglieder; vor allem in der ersten Wahlperiode bis 1991 wurden die rundfunkpolitischen Auseinandersetzungen im Düsseldorfer Landtag bzw. zwischen den Bundesparteien noch einmal ausgefochten. Das ebte später deutlich ab. Damit kam der WDR, sein Programm und sein Auftrag als Landessender in Nordrhein-Westfalen viel stärker in den Blick; natürlich nie ganz ohne die Reflektion auf die rundfunkpolitischen Rahmenbedingungen. Ich verbinde diese Entwicklung mit einer erheblich besseren Wahrnehmung des Kontrollauftrags durch die Gremien, wie er im WDR-Gesetz vorgegeben ist.

2. Die veränderte rundfunkpolitische Landschaft

Was heute selbstverständlich ist, entwickelte sich in den 80er und 90er Jahren rasant: das duale System in der Rundfunk-Landschaft. Sowohl im Fernsehen wie im Hörfunk entstanden neue Anbieter. Der Monopolist öffentlich-rechtlicher Rundfunk gehörte der Vergangenheit an. Das löste jede Menge Hoffnungen aber auch jede Menge Ängste aus. Die Verluste in den Einschaltquoten für die öffentlich-rechtlichen Sender waren massiv.

Die Privaten traten mit neuen Formaten, mit einer anderen Philosophie an. Sie waren eine Herausforderung für die bis dahin etablierten öffentlich-rechtlichen Programme und ihre Macher.

Grundsätzliches wurde thematisiert:

Was ist der gebührenfinanzierte Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – und wie können die neuen Anbieter eine echte – werbefinanzierte – Chance auf dem Markt bekommen? Man musste zeitweilig den Eindruck haben, dass es fundamental um Sein und Nichtsein und nicht um die Positionierung auf einem völlig geöffneten Markt von Konkurrenten ging.

Der Begriff der Grundversorgung wurde höchst richterlich interpretiert: Information als tragende Säule war unstrittig, öffentlich-rechtlicher Rundfunk als Kulturfaktor, als zuständig für Bildung und Wissen schien klar. Was aber ist mit der Unterhaltung? Was ist mit dem Sport? An den sogenannten massenwirksamen Programmen entzündeten sich die Auseinandersetzungen.

Wie lange würde sich gesellschaftlich und politisch die Rundfunkgebühr halten lassen, wenn die Einschaltquoten deutlich und auf Dauer unter denen der Privaten sowohl im Fernsehen als auch im Hörfunk absinken würden? Und wäre es nicht ordnungspolitisch richtig, wenn die Privaten sich ausschließlich aus den Werbeeinnahmen finanzierten und der öffentlich-rechtliche Rundfunk ausschließlich aus Gebühren – statt ständig zu fordern, auch nach 20.00 Uhr Werbung ausstrahlen zu dürfen?

3. Die Antwort des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf die gewandelten Rahmenbedingungen

Auf diesem Hintergrund will ich im Folgenden versuchen, verschiedene Dimensionen des Wandels in Stichworten zu beschreiben, in denen der öffentlich-rechtliche Rundfunk an seiner Profilierung arbeiten musste:

Zunächst waren es die *Innovationen im Programm*: im Fernsehen die Forcierung der Berichterstattung aus den Regionen, der Ausbau von West 3, die Einführung des Morgenmagazins, die Einführung des Kinderkanals, die Einführung von Phönix, die Begründung des Kulturkanals 3Sat; im Hörfunk die Profilierung der einzelnen Wellen, wobei für mich der Erfolg von EinsLive nach wie vor das Phänomen schlechthin ist.

Eine zweite Antwort des öffentlich-rechtlichen Rundfunks betraf die *Schärfung des inhaltlichen Profils*: Das Programmangebot der privaten Veranstalter stellte

nicht nur in den Formaten eine Herausforderung dar, sondern auch in den Inhalten. Im § 5 des WDR-Gesetzes sind die Programmgrundsätze formuliert, die in fünf Abschnitten einen hohen Anspruch an das Programm stellen. Die kommerzielle Konkurrenz machte es erforderlich, im einzelnen durchzudeklinieren, wo der öffentlich-rechtliche Rundfunk andere Akzente setzen musste. Ich zähle als Beispiele auf:

- Das Thema „Gewalt“ musste intensiver bedacht werden als zuvor – und zwar in der ganzen Bandbreite vom Spielfilm bis hin zur Nachrichtensendung.
- Das Thema „Jugendschutz“ erhielt eine neue Qualität.

Sowohl der Rundfunkrat wie auch die Programmleute diskutierten angesichts der Forderung, die Würde des Menschen zu achten, intensiv über

- das Bild der Frau im Fernsehen,
- die Darstellung des Alters,
- die Integration der Migranten mittels der Medien, aber auch über
- das größer werdende Europa und den europäischen Prozess.

In all diesen Themenfeldern sind Impulse für das Programm erarbeitet worden, die – ich möchte es vorsichtig formulieren – nicht ohne Einfluss geblieben sind.

Nun hat jedes Ding bekanntlich mindestens zwei Seiten. Deshalb kann man bei einer realistischen Betrachtung von Anspruch und Wirklichkeit nicht übersehen, dass es auch Schattenseiten gibt. Man nennt es wohl das Phänomen der „Konvergenz“. Angesichts des noch schärfer gewordenen Wettbewerbs scheint es eine immer wieder gefährliche Versuchung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu sein, highlights der Privaten zu konfigurieren. Da finden Annäherungen statt, die ich als gefährlich für die selbstverordneten Anspruchskriterien ansehe.

Mir scheint zudem, dass das Thema „Gewalt“ schon wieder einer neuen außerordentlich kritischen Selbstreflexion bedarf: Was früher eher angedeutet wurde, wird zunehmend direkter in Szene gesetzt.

Mit fällt sodann auf, dass die anspruchsvollen Themen von der sogenannten prime time in das Nachtprogramm verschoben werden. Und ist es ganz falsch, wenn man den Eindruck hat, dass mancher Akzent von Lebenswirklichkeit nicht mehr im ARD-Programm auftaucht, sondern in den Bereich der Dritten verlagert wird? Dazu gehört nach meiner Wahrnehmung auch der Bereich „Religion“ und „kirchliches Leben in der Gesellschaft“.

Wie ernst werden unter dem Druck der Konkurrenz programmlich-normative Qualitäts- und Kriterienfragen tatsächlich genommen? Sind Sie noch Stachel im Fleisch oder werden Sie nach einem Einbruch in den Einschaltquoten letztendlich weichgespült? Das bedarf eines ständigen kritischen Diskurses zwischen den Gremien und den Programmleuten.

Der Intendant des WDR hat bei einer Veranstaltung am 15. 1. d. J. im Landtag gesagt: „Medien bilden die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht nur ab, sie prägen sie auch“. Wird dieser Anspruch tatsächlich eingelöst? Ich halte es für einen Erfolg, wenn es gelingt, für das Programm eine Sensibilität für bestimmte Themen

und Sichtweisen zu verankern. Aber ich habe mich oft gewundert, wie es allgemein hingenommen wird, wie im fiktionalen Bereich zentrale ethische Werte für das Zusammenleben der Menschen wie auch der Gesellschaft allgemein offensichtlich immer weniger dargestellt werden: Sind Werte wie Ehrlichkeit, Vertrauen, Treue, Bereitschaft zur Verantwortung, Pflichtgefühl in der medialen Wirklichkeit deswegen out, weil sie in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zur Zeit keine Konjunktur haben? Wo bleiben da – von Ausnahmen abgesehen – die prägenden Alternativen? Ob bestimmte Beiträge eines politischen Magazins „politisch ausgewogen“ sind – was immer das sein mag – oder nicht, kann immer noch jede Menge Leute aufregen. Wo die Grenzen des engagierten Meinungsjournalismus liegen, wird heftig diskutiert. Was Satire darf – im Namen der Freiheit der Kunst – kann in Abständen einen Meinungssturm entfesseln. Wie aber lässt sich das, was man den „Wertewandel in unserer Gesellschaft“ nennt, mediengerecht thematisieren, damit eine kritische Nachdenklichkeit aufkommen kann? Da fehlt mir das Prägende!

4. Fazit

Was erwartet die Gesellschaft vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk? Die Gesellschaft braucht die Möglichkeit zur freien individuellen wie auch zur öffentlichen Meinungsbildung. Meinungen werden frei geäußert, sie werden wahrgenommen und dienen den Bürgern als Impuls für die eigene Meinungsbildung. Der Rundfunk soll „frei, umfassend und wahrheitsgemäß“ informieren. Er ist ein wichtiges Medium für die Meinungsbildung in einem demokratischen Staat. Das gilt nicht nur für den Bereich der Politik, sondern auch für Bildung und Kultur. Erwartet wird durchgängig Programmqualität - auch im Bereich der Unterhaltung.

Kontrollorgane wie Rundfunkrat und Verwaltungsrat sollen sicherstellen, dass die öffentlich-rechtliche Institution ihren gesetzlichen Auftrag effizient und auf hohem Niveau wahrnimmt.

Die gesellschaftlichen Gruppen tragen durch ihre Vertreter in den Gremien dazu bei, im Diskurs mit den Programmachern wie auch untereinander den Programmauftrag und die wirtschaftliche Zukunft zu sichern. Dabei sind die Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen wie auch die Vertreter der Parteien zugleich Vertreter der Allgemeinheit. Auch wenn diese Konstellation nicht immer und nicht immer von allen Gremienmitgliedern bewältigt wird, insgesamt zeigt sich ein beachtliches Phänomen von Aufgabenerfüllung durch die Gremien.

Wenn die Gesellschaft vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit Recht ein Programm mit hohem Qualitätsstandard erwartet, das ja nicht gerade preiswert und weitestgehend gebührenfinanziert ist, dann muss nicht nur Enttäuschung der Erwartung gegenüberstehen. Es gibt programmliche highlights, es gibt negative Ausreißer, es gibt engagiertes Programmschaffen und seelenlose Routine: Insgesamt leistet der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seinem Programm Beachtliches – auf einem deutlich anderen Niveau als viele Konkurrenten – auch wenn die Einschaltquoten dies nicht immer widerspiegeln.

Das macht deutlich: „Die“ Gesellschaft mit weitgehend gleichen Erwartungen an das Programm mit ebenso weitgehend gleichen Kriterien in der Bewertung gibt es nicht! Teile der Gesellschaft sind mit anders gestrickten Programmangeboten in Hörfunk und Fernsehen zufrieden; das ist legitim. Die Bürgerinnen und Bürger in der Gesellschaft, die mehr erwarten, müssen eine Chance haben, dass sich ihre Erwartungen erfüllen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland ist dazu in der Lage.

Was tun die gesellschaftlichen Gruppen für ihn?

Ich kann nur davon berichten, was ich überschaue. Da gilt: In der kirchlichen Printlandschaft setzt man sich mit dem Programm auseinander, bespricht es, kündigt Programmangebote an. Hier wird wirksam geworben. Zudem ist festzustellen: In der kirchlichen Erwachsenenbildung werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer motiviert, sich mit den Programmleistungen zu beschäftigen und darauf per Anruf oder Brief oder Email – wie auch immer – zu reagieren.

Last but not least: Gebühren, Abgaben, Steuern – niemand zahlt sie mit Begeisterung. In den gesellschaftlichen Gruppen – bei aller Verschiedenheit – gibt es ein feeling dafür, dass Qualität ihren Preis hat. Die gesellschaftlichen Gruppen leisten in der Gesamtgesellschaft einen nicht zu unterschätzenden Beitrag dazu, dass es eine Akzeptanz für die Rundfunkgebühr gibt, - wenn auch mit Ächzen und Stöhnen –, sodass Gesetzesinitiativen in eine andere Richtung politisch bisher nicht durchsetzbar waren – und es hoffentlich auch in Zukunft nicht sein werden.